



Stimmabgabe im Smolensker Gebiet

RUSSLAND

Gezielte Täuschung

Deutlicher lässt sich die Geringschätzung dem Wähler kaum zeigen: 101 der insgesamt 315 siegreichen Kandidaten der Kreml-Partei „Einiges Russland“ haben ihr Mandat zurückgegeben, noch bevor die neue Duma am 24. Dezember zum ersten Mal zusammentritt. Gouverneure, Minister und Bürgermeister hatten sich gemäß zentraler Regieanweisung an die Spitze der Listen setzen lassen – den Wählerauftrag auch anzunehmen, hatten die meisten nie vor. Allein die Wähler-Lokomotiven sollten die Bürger verlassen, das Kreuz bei der Kreml-Partei zu machen. Nun ziehen anstatt der politischen Schwergewichte Unbekannte ins Unterhaus ein – anstatt Präsident Wladimir Putin beispielsweise ein Beamter aus der Polarregion Tschukotka. Die Provinzfürsten hatten nicht nur mit Scheinlisten die Bevölkerung genarrt, sondern durch Drohungen auch für das gewünschte Ergebnis gesorgt – die Zeitschrift „Wlast“ legte Beweise für massive Fälschungen selbst in Moskau vor. Aus Sicht des Kreml ließen es einige Verantwortliche am nötigen Eifer fehlen. So musste der Gouverneur in Jaroslawl seinen Posten räumen – dort hatten nur 53,2 Prozent für „Einiges Russland“ gestimmt, 11 Prozentpunkte weniger als im Landesschnitt. Wiktor Maslow, Chef des an der Westgrenze gelegenen Smolensker Gebiets, ereilte dasselbe Schicksal. Das Bemerkenswerte an diesem Fall: Maslow ist der erste von Putin eingesetzte Ex-Geheimdienstgeneral, der als Gouverneur wieder abtreten muss.

TÜRKEI

Gefährliche Stimmung

Wenige Tage nach der bislang größten türkischen Militäraktion im Nordirak ist Ankara davon überzeugt, der kurdischen Rebellenorganisation PKK empfindliche Schläge versetzt zu haben. Die türkischen Medien verbreiten Siegesmeldungen, Generalstabschef Yaşar Büyükanıt schwärmt, er habe die Zerstörung von PKK-Stützpunkten wie eine Fernsehshow erlebt. Kritiker befürchten jedoch, dass die Türkei damit eine politische Lösung der Kurdenfrage erschwert. Es herrsche eine nationalistische Stimmung, geschürt von Politik und Militär, die sich vor allem gegen die Kurden im Land richte, sagt Nazmi Gür, ein Mitglied der im Parlament vertretenen Kurdenpartei DTP.

ÖZDEK GEN/ABRICA



Türkische Truppen an der Grenze zum Nordirak

„Sie führen einen psychologischen Krieg gegen uns.“ Türkische Politiker werfen der DTP vor, sie sei der verlängerte Arm der PKK – derzeit läuft ein Verbotsverfahren gegen die Partei. Sollten die Kurden mit weiteren Repressionen überzogen werden, drohe dem Land eine gefährliche Welle der Radikalisierung, meint der Türkei-Experte Walter Posch vom EU-Institut für Sicherheitsstudien. Auch Bombenanschläge kurdischer Untergrundbewegungen seien dann nicht mehr auszuschließen.



Autonomie-Erklärung in Santa Cruz

BOLIVIEN

Rassistische Parolen

Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung treibt Präsident Evo Morales das südamerikanische Land in eine Zerreißprobe, die in einen Bürgerkrieg münden könnte. Die reichen Ostprovinzen des Andenlandes wollen die neue Carta Magna nicht anerkennen, weil sie die Vorherrschaft der Regierung in La Paz zementiert und die Rechte der indianischen Bevölkerung ausweitet. Vor allem in der Wirtschaftsmetropole und Provinzhauptstadt Santa Cruz, der größten und wichtigsten Stadt des Landes, drohen bewaffnete Konflikte. Santa Cruz und drei weitere Provinzen hatten sich vor einer Woche für autonom erklärt.

Insbesondere Söhne von Ranchern, Geschäftsleuten und einflussreichen Politikern haben sich zu Milizen zusammengeschlossen, sie wollen die Autonomie notfalls mit Waffengewalt verteidigen. Jenseits der Stadtgrenze ist die Situation explosiv: Die neue Verfassung sieht eine Landreform vor, die Regierung will mehrere Großfarmen enteignen. Im Kampf



Präsident Morales bei der Übergabe der